Nr. 184. Freitag, den 5. Juli 1895. 42,185 Abonnenten.

Neueste Nachrichten

Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte.
Unparteiliche, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Anzeigen-Preis: Die einspaltige Petitzeile 20 Pfg., im Reclametheil 50 Pfg. Haupt-Geschäftsstelle: Pillnitzerstr. 49. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5897.

Bezugs-Preis: Durch die Post vierteljährlich Mk. 1.50, mit „Dresdner Fliegende Blätter" Mk. 1.90. Für Dresden und Vororte monatlich 50 Pfg. mit Witzblatt 60 Pfg. Für Oesterr.-Ung. viertelj. Fl. 1.80 resp. 1.62 Deutsche Preisliste: Nr. 4913. Oesterr. 2389

Grösstes Schuhwaaren-Haus von Moritz Sommer,
Dresden-Altst., Wilsdruffer Strasse 5 (neben der Löwen-Apotheke).
Eigene Fabrikation (Handarbeit). **Bestellungen nach Maass ohne Preiserhöhung.**
Parterre bis IV. Etage. 12392 Parterre bis IV. Etage.

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Fortbezug des Blattes während der Reise.

Sommerfrischler, Erholungsreisende, welche Dresden auf längere oder kürzere Zeit verlassen, erhalten die **„Neuesten Nachrichten"** auf Wunsch **regelmäßig und pünktlich nachgesandt.** Die Postüberweisungsgebühr beträgt im ersten Monat eines Kalender-Quartals 30 Pf., im zweiten Monat 20 Pf., im dritten Monate 10 Pf., (Juli 30 Pf., August 20 Pf., September 10 Pf.), während das Bestellgeld für die tägliche Zustellung durch den Briefträger an das Postamt des Empfangsortes zu entrichten ist.

☞ **Die Versendung kann jeden beliebigen Tag begonnen werden,** jedoch bitten wir, diesbezügliche Bestellungen spätestens am Tage vor der Abreise an uns gelangen zu lassen.

Die auswärtigen (Post-)Abonnenten wollen eine zeitweilige Veränderung ihres Wohnortes demjenigen Postamte melden, durch welches sie regelmäßig die „Neuesten Nachrichten" beziehen. Die Ueberschreibung kostet für solche Fälle 50 Pf., nach dem Auslande 1 Mk.

Wird die **tägliche Zusendung mittels Kreuzbandes** gewünscht, so beträgt die Zustellungsgebühr incl. Abonnement wöchentlich im Inlande 50 Pf., nach dem Auslande 60 Pf.

Geschäftsstelle der „Neuesten Nachrichten".

Die Ansicht eines französischen Generals über Elsaß-Lothringen.

Bei den fortdauernden Hetzereien, die ein Theil der französischen Zeitungen aus Anlaß der Kieler Feste gegen Deutschland unternommen hat, und bei dem Umstande, daß auch die französische Kammer, indem sie einen Credit zu einer Broncestatue der Stadt Straßburg bewilligte, den Gedanken an Wiedervergeltung nicht aufgiebt, ist es eine auffallende Erscheinung, daß eine französische Militärfachschrift nunmehr abwiegelt und uns glauben machen will, daß Frankreich viel zu weise und friedliebend sei, um Rachegedanken zu hegen. General Villenoisy, der sich in letzter Zeit mehrfach gegen die Vermehrung der Heeresausgaben ausgesprochen hat, führte im „Avenir Militaire" vom 14. Juni aus, daß die großen Staaten in Folge ihrer Rüstungen unaufhaltsam dem Untergange zueilen, woran lediglich nur die widerrechtliche Einverleibung von Elsaß-Lothringen schuld sei. In echt französischer Verkennung der Stimmung im Reichslande meint der französische General, daß die Elsässer trotz aller Mühe, die sich Deutschland mit ihnen gegeben habe, trotz aller Zuvorkommenheit und auch trotz aller versteckten Drohungen, mit denen sie behandelt werden, stets im Innersten Franzosen geblieben seien und ihr Vaterland nicht vergessen hätten. Beweis hierfür sei, daß jedes Jahr zahlreiche junge Männer sich der Aushebung entziehen und Viele auswandern. Die Andern beugten sich knirschend unter das Joch, und so bilde Elsaß-Lothringen eine beständige Bedrohung für Deutschland. Obgleich Frankreich nur den Frieden wünsche, denke es doch unaufhörlich daran, die Brüder zu befreien, die unter dem Joche der Fremdherrschaft schmachten. Diese Befreiung kann nach Ansicht des französischen Generals geschehen, ohne irgend Jemanden zu verletzen, und sein Mittel ist so einfach, wie das Ei des Columbus, denn es besteht nur in der freiwilligen Rückgabe der Reichslande gegen angemessene Entschädigung. Worin diese Entschädigung bestehen soll, ob uns großmüthig hierfür Belgien oder französische Colonien angeboten werden sollen, darüber schweigt der französische General, doch spricht er die Ueberzeugung aus, daß sich diese Entschädigungen leicht finden werden. Aus angeborener Bescheidenheit, die den Gallier schon seit Cäsars Zeiten ziert, will aber Frankreich nicht zuerst diesen Vorschlag machen, sondern es überläßt großmüthig den ersten Schritt dem deutschen Kaiser, der, geliebt und geehrt von seinem Volke, allein im Stande sei, die Pforten des Janustempels zu schließen und der sich hierdurch unvergänglichen Ruhm erwerben würde. So der französische General.

Wir sind bei den Franzosen nahezu an jede Ueberraschung gewöhnt, allein wir wundern uns doch darüber, daß ein französischer Soldat dem deutschen Volke die Zumuthung des Verzichtes auf seine mit schweren Opfern erkämpften Eroberungen stellt. Welch ein Geschrei würde sich in Frankreich erheben, wenn ihm irgend ein Staat zumuthen wollte, Algier oder eine seiner Colonien freiwillig herauszugeben. Und doch, wie einfach hätte sich schon vor 200 Jahren die Völkergeschichte gestaltet, wenn Ludwig XIV. damals die dem deutschen Reiche mitten im Frieden geraubten Städte und Länder freiwillig dem seligen deutschen Reiche wieder zurückgegeben hätte! Wo hat denn Frankreich unter dem ersten Napoleon jemals freiwillig auf seine Eroberungen verzichtet? Mit dem Blute von mehr als 40000 Gefallenen und 120000 Verwundeten haben wir Elsaß-Lothringen wieder mit dem Reiche vereinigt und uns ein Bollwerk gegen Frankreich geschaffen, das hoffentlich kein französches Heer mehr überschreiten soll. Hunderte von Millionen haben wir für die Entwickelung der Reichslande aufgewandt, die Hochschule in Straßburg gegründet, Eisenbahnen und Canäle gebaut, die Entwickelung der Städte gefördert. Dies alles sollen wir gethan haben, nur um la belle France (Das schöne Frankreich) zu verpflichten? Wahrhaftig, man muß vom deutschen Volke eine geringe Meinung haben, man muß im Deutschen immer noch den „alten Michel mit der Schlafmütze" sehen, wenn man uns eine solche an Wahnsinn streifende Selbstentsagung zumuthen wollte. Viel können wir den Franzosen vergessen, aber nicht vergessen wollen wir die schweren Opfer, die unserm deutschen Volke vor 25 Jahren auferlegt worden sind und an denen viele Tausende heute noch schwer zu tragen haben. Deshalb halten wir für immer fest an dem Errungenen. Wollen die Franzosen den Frieden dauernd gesichert haben, so ist das Mittel einfach der endliche Verzicht auf die Wiedererlangung der Reichslande. Nicht die Reichslande bedrohen den Frieden, sondern der händelsüchtige Nachbar, der uns seine wohlverdiente Niederlage nicht verzeihen kann. Wollen die Franzosen aber sich nicht beruhigen, wollen sie den Frankfurter Frieden brechen, nun, dann mögen sie nicht vergessen, daß jetzt nach 25 Jahren bei uns in Deutschland das Wort tief in die Herzen der Deutschen eingegraben ist: „So lang die Faust das Schwert umfaßt und eine Hand die Büchse spannt, bleibt Metz und Straßburg deutsches Land."

* * *

Paris, 3. Juli. Ein bekannter Diplomat, der unter dem Namen Whist im „Figaro" schreibt, bringt heute einen Artikel über Deutschland und die franco-russische Allianz, worin zugegeben wird, daß diese Allianz beiderseits blos defensiver Natur ist, also theoretisch die Anerkennung des status quo und des Frankfurter Friedens in sich schließt. Nur naive Leute könnten an das Bestehen einer Offensiv-Allianz glauben. „Ohne Zweifel", so fährt Whist fort, „an dem Tage, wo Deutschland durch äußere Schwierigkeiten in seiner Actionsfreiheit uns gegenüber gehemmt wäre, würde uns keine menschliche oder göttliche Macht abhalten können, einzugreifen und die Zerreißung des Frankfurter Friedens zu versuchen. Das wissen die Deutschen selbst, und mit unserem Besuche in Kiel haben wir ihnen keine andere Meinung von unseren Gefühlen beigebracht."

Die Unruhen in Macedonien.

Wieder einmal rührt sich eine der interessanten Völkerschaften auf der Balkanhalbinsel. Genau festzustellen, was in Macedonien eigentlich vorgeht, ist für den Fernerstehenden nicht eben leicht. Am nächsten wird man der Wahrheit jedenfalls kommen, wenn man ungefähr das Gegentheil von dem glaubt, was in den officiellen Berichten enthalten ist. Das gilt zunächst von dem, was die türkische Regierung darüber zu veröffentlichen für gut befindet. Dieselbe besitzt für derartige Fälle ein bewährtes Formular, von dem sie auch jetzt wieder Gebrauch macht. Bricht irgendwo ein Aufstand aus, so wird von Räuberbanden gesprochen, die aus irgendwelchem Nachbarlande übergetreten seien und die Grenzdistricte unsicher machen. Wahr ist daran nichts weiter, als daß die Aufständischen von auswärts her Zuzug und Unterstützung erhalten, ja daß in der Regel die ganze Bewegung jenseits der Grenzen vorbereitet und fertig ins Land gesetzt worden ist. Darum muß man auch mit Vorsicht aufnehmen, was von scheinbar unbetheiligter Seite, aus Bulgarien und Serbien, amtlich gemeldet wird. Daß die officiellen Regierungskreise dort sich mit den macedonischen „Räubern" nicht solidarisch erklären können und ein Interesse daran haben, die Sache so unbedeutend und harmlos als möglich darzustellen, leuchtet ein. Ebenso unzweifelhaft aber ist, daß die Sympathien des Volkes und wohl auch der Regierung bei den Aufständischen sind.

Was speciell Bulgarien angeht, so ist es bekannt, daß von dort aus von jeher Beziehungen zu den Stammesgenossen jenseits der Grenze unterhalten wurden und daß die Fäden der macedonischen Bewegung in Sofia zusammenlaufen. Soviel aber mag an den Ableugnungen der bulgarischen Regierung glaubhaft sein, daß ihr der gegenwärtige Ausbruch ungelegen kommt. Stambulow besaß Energie und Popularität genug, um die Bewegung wirklich zu leiten und sie auch zurückzuhalten, so lange es ihm nöthig schien. Seinen Nachfolgern fehlt es an beiden Eigenschaften, und so wird ihnen die Sache wohl über den Kopf gewachsen sein. Einen Aufstand anzuzetteln ist jedenfalls leichter, als die Bewegung so in der Hand zu behalten, daß man ihr vorzeitiges Losbrechen verhüten kann.

Alle Umstände deuten darauf hin, daß der jetzige Aufstand größere Dimensionen nicht annehmen, sondern localisirt bleiben wird. An sich wäre es zwar sehr wohl möglich, daß die unzufriedenen Elemente aus eigener Kraft, zumal mit Unterstützung der bereits befreiten Nachbarn, die Abschüttelung des türkischen Joches mindestens versuchten. Aber ob Bulgarien und Serbien gerade jetzt im Stande sind, diese Unterstützung zu gewähren, darf mit Grund bezweifelt werden. Beide haben reichlich mit sich selbst zu thun, und zudem ist ihr Verhältniß zu einander ein so wenig freundschaftliches, daß auch aus diesem Grunde an eine gemeinsame Action kaum zu denken ist. Wäre aber das der Fall, so würde man sie schwerlich ruhig gewähren lassen. Die direct betheiligten europäischen Großmächte werden den gegenwärtigen Zeitpunkt kaum für geeignet erachten, ein erhebliches Stück der orientalischen Frage aufzurollen. Nur Rußland würde an sich einer kleinen Ablenkung auf der Balkanhalbinsel vielleicht nicht abgeneigt sein. Aber gerade jetzt hat es seine Thätigkeit derart in Ostasien zu concentriren, daß es verzichten muß, gleichzeitig in Europa ernstlich in Anspruch genommen zu werden.

Man wird also die Macedonier diesmal wohl noch mit einigen Reformen abspeisen, d. h. mit dem, was man in der Türkei so nennt. Mehr als ein paar neue Bischöfe wird man freilich wohl bieten müssen. Aber auf einige Versprechungen mehr oder weniger kommt es ja in solchen Fällen der hohen Pforte nicht an. Damit wäre dann wieder Ruhe geschafft — aber nicht länger, als bis es Jemand gefällt, die „macedonische Frage" von Neuem aufzurühren.

Deutschland.

—* **Der Kaiser** wird heute, Donnerstag, Abend 11 Uhr, an Bord der Yacht „Hohenzollern" nach Stockholm abreisen und dort Sonnabend Mittag 12 Uhr eintreffen, wo der Kaiser durch den König von Schweden und Norwegen empfangen wird. Der Kaiser wird einige Tage incognito in einem unweit von Stockholm gelegenen königlichen Schlosse verbleiben und sich sodann auf einige Zeit zum Besuche des Kronprinzenpaares nach Tullgarn begeben.

—* **Die Kaiserin** wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, am Donnerstag Abend aus Kiel nach dem neuen Palais bei Potsdam abreisen. Den Dienstag konnte sie bereits außerhalb des Bettes zubringen.

—* **Der Prinzregent von Bayern** hat die Niederlassung der Redemptoristen in Deggendorf nebst Filiale im Bezirksamt Deggendorf genehmigt.

—* **Im Gouvernement Kamerun** soll demnächst ein Wechsel stattfinden. Die „Kreuzztg." will wissen, daß Gouverneur Zimmerer, dessen Urlaub im August abläuft, nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Landeshauptmann v. Puttkamer, der die Stelle seit December 1894 auftragsweise verwaltet, zum Gouverneur ernannt werden.

—* **Der bekannte Staatsanwalt Dr. Benedix** vom Landgericht I in Berlin ist zum Ersten Staatsanwalt in Guben ernannt worden.

—* **Neben den Abg. Ahlwardt und Gen.** hat, wie der „Berl. Presse" aus Weimar geschrieben wird, auch der dort neugewählte freiconservative Abg. Reichmuth zu der Canalfeier einen „Diener" mitgebracht Namens Röhr. Derselbe ist ein sehr wohlhabender Gutsbesitzer und Verwandter des Herrn Reichmuth. In Weimar ist das Sprichwort entstanden: „Wer den Reichmuth zum Vetter hat, kann bis nach Kiel kommen, und wenn es das Deutsche Reich auch hundert Thaler kostet." Der „Vorwärts" spricht auch von einem falschen Diener, den der nationalliberale Abg. Münch-Ferber für Hof mitgebracht habe; aber dieser Diener wird nicht genannt.

—* **Der Kaiser Wilhelm-Canal** soll nach verschiedenen Blättermeldungen nicht tief genug sein. Man folgert dies aus dem Auflaufen verschiedener Schiffe. Nach der „Berl. B.-Ztg." sei diese Folgerung aber falsch. „Einige Stellen haben vielleicht durch nachträgliche Verschüttungen oder durch das Aufquellen des Moorbodens die richtige Tiefe vorübergehend verloren, aber die beim Bauplan zu Grunde gelegte Durchschnittstiefe von 9 Meter (die größte, die irgend ein Canal hat) ist im Allgemeinen auch erreicht worden. Diejenigen, die eine nachträgliche umfangreiche Correctur fordern, scheinen nicht zu wissen, daß der Canal ursprünglich nur auf 8 Meter Tiefe berechnet war, daß dann aber, während des Baues, 9 Meter beschlossen wurden, und das hauptsächlich aus diesem Grunde die Baukosten beträchtlich gestiegen sind. Zwar sind sie hinter den Voranschlag von 156 Millionen noch um die Kleinigkeit von 700000 Mk. zurückgeblieben, aber die Ersparnisse würden sich nach Millionen beziffert haben, wenn nicht eben die Tiefe von 9 Metern durchgeführt worden wäre, die nach Brunsbüttel zu (wegen des Einflusses von Ebbe und Fluth) sogar auf 9½ Meter steigt. Kosten und Arbeit genug wird der Canal ja noch machen, aber für einen Umbau größeren Stils liegt nach der Versicherung der Sachverständigen keine Nothwendigkeit vor."

—* **Mit dem Bau reichseigener Wohnhäuser** für die Post-Unterbeamten auf dem Lande soll in denjenigen Ortschaften vorgegangen werden, wo der Wohnungsmangel die betreffenden Beamten verhindert, am Beschäftigungsort zu wohnen. Es ist möglichst darauf Bedacht zu nehmen, daß zu den ausreichend großen Wohnungen je ein Stück Garten zugegeben werden kann. Unter keinen Umständen darf die von den Unterbeamten zu zahlende Miethe den Betrag des Wohnungsgeldzuschusses für den betreffenden Ort übersteigen.

—* **Das preußische Abgeordnetenhaus** nahm am Mittwoch in dritter Berathung die Vorlage, betreffend Errichtung einer Centralgenossenschaftskasse an.

—* **Das Schwurgericht in Nürnberg** verurtheilte den Anarchisten Schlosser Müller wegen der bei dem Marschütz'schen Streik begangenen Verrufserklärung und Betrugsversuch zu einer achtmonatlichen Gesammtgefängnißstrafe und fünfjährigem Ehrverlust, den socialistischen Redacteur Gärtner wegen durch die Presse verübter Beihilfe zur Verrufserklärung zu einmonatlicher Gefängnißstrafe.

—* **Aus Posen** wird der „Tgl. Rundsch." geschrieben: Die Abtheilung für Kirche und Schulwesen der königl. Regierung hierselbst hat an den Probst Andersz in Slupia eine Verfügung folgendes Inhalts gerichtet: „Euer Hochwürden haben einen in deutscher Sprache an Sie gerichteten Brief eines Lehrers mit folgendem Bemerken an diesen uneröffnet zurückgesendet:

„Ihren Brief, der nach seiner Form, soweit mir aus der Mittheilung bekannt, einen privaten Inhalt hat, sende ich Ihnen uneröffnet zurück, weil schon die Adresse, weil sie deutsch ist, für mich beleidigend ist; denn sie rührt von einem Polen her, für welchen Sie gelten, und ist an einen Polen, der ich bin, adressirt. Wenn schon jeder Eingepfarrte, als mein der geistlichen Obhut anvertrauter Sohn, mir, seinem geistlichen Obern, Achtung schuldig ist, so bin ich um so mehr berechtigt, diese Achtung vom Lehrer zu verlangen, denn dieser soll weder durch Wort, noch durch sein Beispiel den Parochianern Aergerniß geben, sondern denselben vielmehr voranleuchten."

In diesem Verhalten und dieser Entgegnung bekunden Sie eine solche Abneigung gegen deutsches Wesen, daß wir Ihnen nicht länger die Leitung des Religionsunterrichts in deutschen Schulen belassen können, ohne befürchten zu müssen, daß Sie die Aufgaben dieser Anstalten schädigen. Wir entziehen Ihnen daher die durch Verfügung vom 6. December 1890 Ihnen anvertraute Leitung dieses Unterrichts in den Schulen Ihrer Parochie."

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 3. Juli. Der Rücktritt Pleners aus dem öffentlichen Leben wird von der gesammten deutsch-liberalen Partei tief beklagt, die nun thatsächlich ohne Führer ist, denn kein anderes Mitglied der Partei kann sich an Talent, Erfahrung und Wissen mit Plener messen. Keiner besitzt so viel Vertrauen, als ihm entgegen gebracht wurde. Es waren nur subjective Momente tiefer Verstimmung über das Scheitern der Coalition, die Plener zum Schritte, sein Mandat niederzulegen, veranlaßten.

Bulgarien. (Die Versöhnungversuche zwischen Sofia und Petersburg) werden gerade jetzt wieder betrieben, wo die macedonische Angelegenheit die Aufmerksamkeit auf Bulgarien lenkt. Man hat von Petersburg aus gestaltet, daß eine bulgarische Abordnung den von der Sobranje gestifteten goldenen Kranz auf das Grab Alexanders III. niederlege, und daran knüpft Prinz Ferdinand große Hoffnungen. Die Stambulowsche „Swoboda" versichert, die bulgarische Abordnung habe den Auftrag erhalten, über nachstehende „Bedingungen" der Aussöhnung in Petersburg zu unterhandeln:

1. Prinz Ferdinand, dessen Gemahlin und Prinz Boris haben den orientalisch-orthodoxen Glauben anzunehmen; 2. die auswärtige Politik Bulgariens wird auf Grund von Anweisungen des Petersburger Cabinets geführt; 3. es wird eine Militärabmachung mit Rußland geschlossen, in der sich Bulgarien verpflichtet, im Kriegsfalle seine Truppen der russischen Armeeleitung zur Verfügung zu stellen; 4. als materielle Bürgschaft für die Durchführung dieses Uebereinkommens werden die Posten des bul.